

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 36 1066/4-II/8/93

Bundesgesetz betr. ergänzende Schutzzertifikate
(Schutzzertifikatsgesetz - SchZG) und Bundesgesetz,
mit dem das Patentgesetz 1970 geändert wird;
Begutachtungsverfahren

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:
MR Dr. Ditzfurth
Telefon:
51 433 / 1825 DW

An das
Präsidium des Nationalrates
Wien

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl. 42	-GE/10 13
Datum: - 7. JULI 1993	
Verteilt 16. Juli 1993	

H. Leubner

In der Anlage werden 25 Exemplare der Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen zum Entwurf eines Bundesgesetzes betr. ergänzende Schutzzertifikate und zum Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Patentgesetz 1970 geändert wird, übermittelt.

6. Juli 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

fac

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 36 1066/4-II/8/93

Bundesgesetz betr. ergänzende Schutzzertifikate
(Schutzzertifikatsgesetz - SchZG) und Bundesgesetz,
mit dem das Patentgesetz 1970 geändert wird;
Begutachtungsverfahren

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:
MR Dr. Ditfurth
Telefon:
51 433 / 1825 DW

An das
Bundesministerium für
wirtschaftliche Angelegenheiten
Referat für den gewerblichen Rechtsschutz
Kohlmarkt 8-10
1014 W i e n

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen wird gegen die Gesetzesentwürfe unter der Voraussetzung, daß die angestrebte Regelung dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten keinen vermehrten Verwaltungsaufwand und auch keine erhöhten Verwaltungskosten verursacht bzw. daß solche in den do. Ansatzbeträgen sichergestellt sind, kein Einwand erhoben.

Das Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode verpflichtet zur konsequenten Fortsetzung der Politik der Budgetkonsolidierung, sodaß dem Begehren auf zusätzliche Planstellen nicht näher getreten werden kann. Es bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten, darüber endgültig zu befinden.

25 Abdrucke der ho. Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

6. Juli 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

